



PROJEKT PÄDAGOGIK UND RECHT
Erziehen im Gewaltverbot - wie geht das?
Integriert fachlich - rechtliche Lösungen
02104 41646 www.paedagogikundrecht.de

15.3.2024

BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSWECKER

- mit fortlaufenden Informationen im Projekt -



Der „Wecker“ erfasst Medieninfos zum Thema „Überforderung in professioneller Erziehung“. Er motiviert zum Nachdenken, etwa über die Ursachen des Personalmangels in Schulen, in Kitas und in der Erziehungshilfe. Es geht dabei um eine Stärkung der Handlungssicherheit Erziehungsverantwortlicher und deren Aufsichtsbehörden, zum Beispiel im „Gewaltverbot der Erziehung“, das seit dem Jahr 2000 besteht (§ 1631 II Bürgerliches Gesetzbuch / BGB).

Es besteht insbesondere Handlungsbedarf in der **GESETZGEBUNG**, damit verantwortliche Behörden und Fachverbände im "Kinderrecht auf fachlich begründbare Erziehung" die fachlichen und rechtlichen Erziehungsgrenzen generell beschreiben. Aufgrund bestehender Tabuisierung und Untätigkeit soll ihnen dazu ein gesetzlicher Auftrag erteilt werden. So soll - neben rechtlichen Hinweisen - die "fachliche Legitimität" in generellen Handlungsleitsätzen erläutert werden, für Schulen in einem "Verhaltenskodex für Lehrkräfte". Dokumentiert wird praxis- und fallbeispielbezogen der Übergang zu Machtmissbrauch und unzulässiger Gewalt, was zugleich die Handlungssicherheit in schwierigen Situationen des Erziehungsalltags stabilisieren hilft, mithin den Kinderschutz. Es gilt langjähriger Untätigkeit auf den nachfolgend skizzierten zwei Verantwortungsebenen zu begegnen. Den Berufen professioneller Erziehung wird so mit gesellschaftlicher Wertschätzung begegnet und neues gesellschaftliches Interesse geweckt. **Hier unsere Gesetzesinitiative:**

<https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2024/02/Gesetzesinitiative-NRW-2024-1.pdf> :

Handlungsbedarf in SCHULEN UND EINRICHTUNGEN DER JUGENDHILFE besteht im Rahmen von Fortbildung und Beratung durch Aufsichtsbehörden (z.B. Schulaufsicht, Landesjugendamt)

Handlungsbedarf in FACHMINISTERIEN, AUFSICHTSBEHÖRDEN UND FACHVERBÄNDEN besteht im Rahmen der Entwicklung genereller "Handlungsleitsätze fachlicher Legitimität", in Schulen als "Verhaltenskodex für Lehrkräfte". Hier der Vorschlag der INITIATIVE HANDLUNGSSICHERHEIT zu solchen generellen Handlungsleitsätzen:

<https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2024/01/Handlungsleitsaetze-prof.-Erziehung-1.pdf>

UPDATE Nr.2 - März 2024

1. GEWALT IN SCHULEN / FORSA- STUDIEN

Nicht nur die FORSA- Studie „Gewalt gegen Lehrer“ aus 2016

<https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2014/11/studie-gewalt-gegen-lehrer.pdf> , auch ein neuerlicher Bericht aus 2022 („Schule aus der Sicht der Schulleitungen“) zeigen erhebliche Gewaltprobleme in Schulen:

https://www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2022-11-11_DSLK_Bericht.pdf

2. GEWALT AN FÖRDERSCHULEN

Pressemitteilungen 31.01.2024 GEW NRW: „Gewalt ist vielerorts allgegenwärtig“:

<https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/gew-nrw-gewalt-ist-vielerorts-allgegenwaertig>

3. GEW NRW - UMFRAGE IN SCHULEN

Es wird freilich - ohne Ursachenanalyse - eine allgemeine Intensität von Überlastung in verschiedenen Abstufungen hinterfragt. Die Kausalität zwischen Überlastung und zunehmender Schüler*innen- Gewalt ist z.B. nicht thematisiert:

<https://www.paedagogikundrecht.de/wp-content/uploads/2024/02/GEW-Umfrage-in-Schulen-2024-Sprechzettel-Celik.pdf>

4. LEHRER VERLASSEN ZUNEHMEND DEN SCHULDIENTST

https://www.spiegel.de/panorama/bildung/bildung-lehrer-machen-schulfrei-a-d33715f2-bd82-4b4b-bda1-eff52cfe7821?fbclid=IwAR37CMY1-HVhknk1pd65js9Yci_js2IpPUiVVrw88tM8I4uxNOOQpaDRu7s

5. GEWALT IN KITAS

https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kleine-anfrage-spd-gewalt-kitas-100.html?fbclid=IwAR1LRunjs9y-pFgXukGVlmsMh1GNAAqQVVviN_uhVi4EMjrY-NmnrW52ZH4

https://rp-online.de/nrw/landespolitik/gewalt-in-kitas-2023-deutlich-mehr-vorfaelle-in-nrw-gemeldet_aid-97731497

6. RADIKALE MUSLIMISCHE SCHÜLER

Der Innenausschuss des NRW- Landtags ist mit dieser Verwaltungsvorlage befasst (22.2.2024):

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-2282.pdf>

Darin wird folgende Zusage der Politik gemacht: "Ein phänomenübergreifender Präventionshinweis für Lehr- und pädagogische Fachkräfte" zum Thema „Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen" soll in Kürze mit dem Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen abgestimmt werden".